

Fairer statt pauschal: Gehaltsindexierung wieder sozial gestalten

In Luxemburg ist die Bewahrung der Kaufkraft aller Bürger ein wesentlicher Bestandteil des sozialen Gefüges. Diese Verpflichtung ist im öffentlichen Ordnungsrecht des Landes verankert und spiegelt ein gemeinsames Verständnis von sozialem Frieden wider. Es wächst jedoch die Sorge, dass dieses Prinzip zunehmend im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes steht und langfristig dessen wirtschaftliche Attraktivität gefährden könnte. Angesichts des hohen gesellschaftlichen Wertes einer geschützten Kaufkraft legt diese Analyse nahe, dass das derzeitige Indexierungssystem an sozialer Gerechtigkeit eingebüßt hat und einer durchdachten Überarbeitung bedarf, um zu seinem ursprünglichen Anliegen zurückzukehren: eine faire und gleichmäßige Erschwinglichkeit von lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Der vorgeschlagene Lösungsansatz trägt pragmatisch dazu bei, Luxemburgs Attraktivität zu sichern, und dürfte bei politischen Entscheidungsträgern über das gesamte politische Spektrum hinweg – vielleicht mit Ausnahme der Extreme – auf Zustimmung stoßen.

Die Schwächen der einheitlichen Indexierung angehen

Die traditionelle Methode der Indexierung, bei der alle Gehaltsstufen um denselben Prozentsatz erhöht werden, hat unbeabsichtigt höhere Einkommen begünstigt. Dieses Vorgehen hat zu einem Ungleichgewicht geführt, das an Adverse Selection im Versicherungswesen erinnert, bei dem die Vorteile überproportional den Privilegierten zugutekommen. Darüber hinaus kann dieser einheitliche Ansatz ein moralisches Risiko schaffen, da höhere Verdienner weniger Anreiz haben, ihre Leistung zu steigern, wenn ihr Einkommen unabhängig von ihrer Produktivität mit Sicherheit steigt. Angesichts der Komplexität der heutigen Wirtschaftslage ist es unerlässlich, zu überprüfen, ob der Indexierungsmechanismus den Kaufkraftverlust aller Bürger gleichermaßen in Übereinstimmung mit seinem ursprünglichen Zweck ausgleicht.

Um diese Ungleichheiten zu beheben, wird ein Paradigmenwechsel in der Indexierung vorgeschlagen, der eine klar definierte Auswahl an lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen priorisiert. Ähnlich wie maßgeschneiderte Versicherungsprodukte würde dieser neue Index die Preise für grundlegende Bedürfnisse wie Wasser, Nahrung, Wohnen, Kleidung, Energie, Transport, medizinische Versorgung, Zugang zu IT und Kommunikation sowie Bildung überwachen. Wichtig ist, dass der Index entsprechend den Budgetanteilen gewichtet wird, die typischerweise von einem Medianverdiener für diese Güter aufgebracht werden. So würde der Index die tatsächliche Entwicklung der Kaufkraft für Grundbedürfnisse eines repräsentativen Arbeitnehmers über alle Einkommensgruppen hinweg realistisch abbilden.

Das Medianeinkommen – definiert als jener Betrag, bei dem die Hälfte der Arbeitnehmer weniger und die andere Hälfte mehr verdient – stellt einen klaren Bezugspunkt für typische Einkommen dar. Laut der neuesten Analyse des luxemburgischen Statistikamtes verdienen 50 % der Vollzeitbeschäftigten weniger als 58.126 € brutto im Jahr. Dies schließt alle Vergütungen ein (einschließlich Boni, Überstunden, 13. Monatsgehalt und Jahresendzulagen) und entspricht etwa einem Bruttomonatslohn von 4.845 €.

Vom Prozent zum Eurocent

Erreicht der kumulierte Schwellenwert von derzeit 2,5 %, der in Luxemburg für die Indexierung gilt, könnte der neue Index direkt auf das Medianeinkommen angewandt werden, was zu einem festen zusätzlichen Eurobetrag führen würde, der den unteren 50 % der Einkommensbezieher effektiv helfen könnte, mit steigenden Preisen für

Toga of Truth: Sharp Takes on High Stakes

Grundbedürfnisse zurechtzukommen. Wenn dieser Betrag ausreicht, um die Kaufkraftverluste der unteren Einkommenshälfte auszugleichen, liegt es nahe, dass derselbe Betrag auch für die besserverdienenden 50 % ausreichend wäre. Durch die Einführung einer absoluten Euro-Anpassung anstelle einer pauschalen prozentualen Erhöhung könnte eine gerechte Unterstützung über alle Einkommensstufen hinweg sichergestellt werden.

Der Übergang von einem „Prozent-Ansatz“ zu einem „Eurocent-Ansatz“ würde das Indexierungssystem nicht nur vereinfachen, sondern auch ein Gefühl der Fairness fördern, das einem gut strukturierten Versicherungsmodell ähnelt, bei dem alle Mitglieder gleichermaßen von der kollektiven Unterstützung profitieren – ähnlich wie beim Schutz durch die CNS für die gleiche medizinische Behandlung. Dieser Mechanismus würde sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer, unabhängig von ihrem Einkommen, einen gleichwertigen absoluten Schutz gegen den Kaufkraftverlust für lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen erhalten. Der Fokus würde zurück auf jene gelenkt, für die diese Korrekturen am dringendsten notwendig sind: die unteren Einkommensschichten.

Finanzielle Flexibilität für eine kohäsivere Gesellschaft

Ein kollektiver Schritt in Richtung einer fairen und nachhaltigen Zukunft ist unerlässlich – und dies ist ein Weg, der gemeinsam beschritten werden muss. Wenn Sozialpartner, Arbeitgeber und politische Entscheidungsträger wirklich daran interessiert sind, Kaufkraft und sozialen Zusammenhalt wirksam zu schützen, müssen sie eine sorgfältige Balance finden. Es ist entscheidend, die Schwächsten zu priorisieren, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, während gleichzeitig der Mut aufgebracht werden muss, ungerechtfertigte Vorteile neu zu bewerten. Durch die Fokussierung auf einheitliche Euro-Anpassungen anstelle von prozentualen Erhöhungen kann eine gerechtere und nachhaltigere wirtschaftliche Umgebung geschaffen werden.

Als positiver Nebeneffekt würde dieses Rahmenwerk den Arbeitgebern in Luxemburg mehr finanzielle Flexibilität und Handlungsspielraum bieten. Indem die Erschwinglichkeit von Grundbedürfnissen für alle priorisiert wird, könnten Unternehmen die notwendigen Grundanpassungen durch freiwillige Investitionen in ihre Mitarbeiter auf allen Ebenen ergänzen. Diese Flexibilität würde es ihnen ermöglichen, eine engagiertere und motiviertere Belegschaft aufzubauen, was letztlich die Gesamtproduktivität steigern könnte. Darüber hinaus könnte eine feste Euro-Anpassung, wenn sie in Zukunft auch auf die Rentenobergrenze (derzeit 10.393 €) angewandt wird, dazu beitragen, das Wachstum der Rentenverpflichtungen nachhaltiger zu gestalten, ein Thema, das kürzlich vom IWF hervorgehoben wurde.

Luxemburg als bevorzugten Standort sichern

Dieser überarbeitete Ansatz schützt nicht nur die Kaufkraft aller Bürger, sondern stärkt auch Luxemburgs soziale Grundlage. Er bietet eine wahre „Win-Win-Win“-Gelegenheit. Da die Gehaltsindexierung eine erwartete Anpassung darstellt und keine bereits erworbenen Einkommen betrifft, reduziert die Modifikation niemandes aktuelles Vermögen, sondern gestaltet lediglich die Grundlage für zukünftige Erhöhungen neu. Durch die Priorisierung sozialer Gerechtigkeit und Stabilität fördert diese gezielte Reform das allgemeine Wohlergehen. Aus ökonomischer Sicht stellt sie eine pragmatische Form der Pareto-Effizienz dar, die gemeinsame soziale Ziele integriert.

Arbeitgeber profitieren von einer sicheren und wertgeschätzten Belegschaft, während Gewerkschaften ein System unterstützen können, das die sozialen Werte und Aspirationen ihrer Mitglieder wirklich adressiert. Letztlich können politische Entscheidungsträger die

Toga of Truth: Sharp Takes on High Stakes

Stärkung Luxemburgs als attraktiven Standort sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber für sich verbuchen und so eine kohäsive und wettbewerbsfähige Gesellschaft gewährleisten.

Machen wir die Gehaltsindexierung wieder sozial!

Prof. Dr. Patrick VANHOUDT

Der Autor ist Vizedekan der Luxembourg School of Business.

Die hier geäußerten Ansichten sind persönlich.

References :

R. Daudbasic, P. Reiff, 2024, « *Salaires au Luxembourg : une rémunération brute moyenne de 75 919 euros par an, avec la moitié des salariés gagnant moins de 58 126 euros par an* », STATEC, Regards, Nr. 9 (July)